

Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor etwas mehr als 8 Wochen haben wir in zweiter Lesung den Haushalt 2012 beraten und seither in den verschiedenen Ausschüssen über die Änderungsanträge der einzelnen Fraktionen diskutiert und abgestimmt.

Einige erfreuliche Entwicklungen haben sich seither eingestellt. In den letzten Monaten des Jahres 2011 haben sich Verbesserungen des Kreishaushalts in Höhe von 5,4 Mio. Euro ergeben. Höhere Schlüsselzuweisungen, Verbesserungen im Sozialhaushalt und gestiegene Steuereinnahmen haben unserem Kämmerer mehr Geld in die Kasse gespült.

Sicherlich ein Grund zur Freude, allerdings eine einmalige Verbesserung der Einnahmenseite, die unserer Ansicht nach nicht zwingend zu weiteren Ausgaben führen darf.

Wann wenn nicht in den Zeiten sprudelnder Steuermehreinnahmen ist der richtige Zeitpunkt die Verschuldung zurückzufahren?

Deshalb findet der außerplanmäßige Defizitausgleich für die Kliniken von 2,8 Mio. Euro unsere volle Zustimmung. Es ist richtig, hier ohne den geplanten Verlustvortrag ins neue Jahr zu gehen. Leider müssen wir in der Änderungsliste auch für das Jahr 2012 ein um 200.000 Euro über dem Planansatz liegendes Defizit für die Kliniken zur Kenntnis nehmen. Wir wissen um die schwierige Situation in diesem Bereich und unterstützen die Klinikleitung. Trotzdem müssen wir gerade im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger darauf drängen, dass die durch den Sanierungsplan vorgegeben Zahlen auch

eingehalten werden. Auch im Hinblick auf die enormen Summen, die für die Kliniksanieierung anstehen, müssen diese Zahlen für uns Kreisräte belastbar sein.

Wir möchten außerdem darauf hinweisen, dass unserer Ansicht nach ein zu optimistischer Ansatz bezüglich der Grunderwerbsteuer für die Zukunft unwahrscheinlich ist. Zum einen wurde durch die Finanzkrise in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich viel Geld in Immobilien investiert. Und zum anderen umging sicherlich ein Großteil der Bürger das grün-rote „Steuergeschenk“, nämlich die Erhöhung von 3,5 auf 5% bei der Grunderwerbsteuer, in dem die Transaktionen nach Möglichkeit noch im Jahr 2011 erfolgten.

Übrigens spiegelt keine Entscheidung der neuen Landesregierung die Abneigung gegen jede Art von privatem Grundbesitz so wieder, wie diese Steuererhöhung. Dieses Gesetz atmet den Geist des „Volkseigentums“ - eigentlich kein Wunder, wenn man bedenkt, dass ehemalige Mitglieder des „Kommunistischen Bundes Westdeutschlands“ zur Zeit an der Regierung sind.

Durch die Zusatzmittel für den Straßenunterhalt in Höhe von 500.00 Euro kann der Landkreis dank der positiven Entwicklung endlich dem Investitionsstau positiv begegnen. Diese zusätzlichen Ausgaben haben unsere volle Unterstützung.

Nichts ändern können wir allerdings an der Hängepartie rund um die B10. Abgeordnete aus Bund und Land schieben sich hier gegenseitig den schwarzen Peter zu und die leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger in Gingen, Kuchen und Geislingen, die jetzt aufgrund der Straßensperrung in Weißenstein noch mehr im Verkehr ersticken. Wenn es mit dem B10 Ausbau nicht schnellstmöglich weitergeht ist es um die Zukunft unseres Landkreises schlecht bestellt.

Meine Damen und Herren,

nach wie vor kritisch sehen wir der Gründung eines Landschaftserhaltungsverbandes. Gerade im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung muss eine solche Einrichtung unserer Ansicht nach wenn, dann kostenneutral erfolgen. Hier soll auch die angekündigte Informationsveranstaltung mit den Verbänden für weitere Klarheit sorgen.

Eine große Herausforderung für die Landschaftserhaltung im Landkreis ist unserer Ansicht nach die geplante „Änderung des Landesplanungsgesetzes zur Aufhebung der Ausschlussgebiete für Windkraftanlagen“. Ich habe es kurzer Hand das grün-rote „Landschafts-Verspargelungsgesetz“ genannt. Wenn hier in Zukunft weitgehend unkontrolliert weitere Standorte für große Anlagen zugelassen werden, wird dies nicht nur Auswirkungen auf unser Landschaftsbild haben, sondern auch auf unsere Tierwelt und Artenvielfalt. Diejenigen, die in Stuttgart einer Handvoll Juchtenkäfern nachtrauern sollten hier einmal die Folgen für die Vögel in unserem Vogelschutzgebiet am Albtrauf bedenken.

Auch für unser Bestreben den Landkreis zu einem attraktiven Naherholungsgebiet zu machen und für unsere Tourismus Pläne sind solche Vorhaben sicherlich der Todesstoß.

Dies wäre schade, entwickelt sich doch der Landkreis Göppingen gerade in touristischer Hinsicht und ist sogar für seine gelungene Stand-Präsentation bei der CMT mit einem Preis ausgezeichnet worden.

Positiv in dieser Hinsicht ist auch der geplanten Baumwipfelpfad im Landkreis. Die ersten Pflöcke sind bereits eingerammt. Jetzt muss die Verwaltung die betroffenen Bürger und Gemeinden mit ins Boot nehmen und Vorbehalte abbauen. Wenn die Kreistagsmitglieder umfassend informiert sind, werden sie

sicherlich auch das ihre dazu beitragen, dieses Projekt zu einem Leuchtturm für den Landkreis zu machen.

Erfreulicher Weise läuft die Umstellung bei den neuen Müllabfuhrterminen gut. Die Informationspolitik des Abfallwirtschaftsbetriebs (AWB) war kundenfreundlich und unbürokratisch. Gute Voraussetzungen um gemeinsam mit dem AWB die anstehende Neustrukturierung des Abfallwirtschaftskonzepts zu erarbeiten. Wir sind bereit dazu, werden aber nicht zulassen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger zu Versuchskaninchen von Ökophantasten gemacht werden.

Viele Aufgaben und große Herausforderungen stehen uns also bevor. Die Klinikinvestitionen mit ca. 43 Mio. Euro bis 2015 und der geplante S-Bahnanschluss sind zwei dicke Brocken. Bei der S-Bahn sind wir seit ein paar Wochen bezüglich des zeitlichen Ablaufs in einer misslichen Lage. Zum einen hat sich für den Landkreis der Zeitrahmen für die Bestellung der Fahrzeuge deutlich verkürzt. Zum anderen verzögert sich das Projekt Stuttgart 21, unter anderem durch an den Haaren herbeigezogene Einsprüche verschiedener sogenannter Naturschutzorganisationen. Es wäre für die Landesregierung an der Zeit, die fünfte Kolonne der Grünen endlich auch dazu zu bringen, das deutliche Ergebnis der Volksbefragung zu respektieren und anzuerkennen.

Wir begrüßen das Vorhaben der Verwaltung, im Jahresverlauf in einer Infoveranstaltung den Bürgermeistern die mittelfristige Finanzentwicklung unter Berücksichtigung der anstehenden Großinvestitionen darzulegen und zu verdeutlichen. Dies kann sicherlich dazu dienen, dass Irritationen gar nicht erst entstehen.

Abschließend muss gesagt werden, dass wohl kaum einer unter uns vor 8 Wochen noch vorausgesagt hätte, dass der Hebesatz der Kreisumlage unter

40% bleibt, die Netto-Neuverschuldung von Null erreicht wird und die Investitionen sogar erhöht werden können.

Die Städte und Gemeinden haben somit im Jahr 2012 1,62 Mio. Euro mehr in den Kassen als veranschlagt.

Hier zeigt sich, was Verwaltung und Kreistag erreichen können wenn die Rahmenbedingungen stimmen und alle an einem Strang ziehen, zum Wohl des Landkreises und seiner Gemeinden.

Deshalb stimmen wir sowohl der Festsetzung des Hebesatzes für das Haushaltsjahr 2012 auf 39,9% als auch der vorgelegten Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2012 zu.

Auf diesen Zahlen können wir aufbauen und gemeinsam die anstehenden großen Herausforderungen angehen.